



■ **CDU-Stadtratsfraktion**
Neustadt an der Weinstraße

Clemens Stahler
Am Kolbenstein 7
67435 Neustadt/Wstr.
Telefon: +49 6327 5948
E-Mail: c.stahler@cdu-nw.de

Herrn
Oberbürgermeister
Marc Weigel
Marktplatz 1

67433 Neustadt

14.09.2020

Schülerbeförderung sicherstellen – gemeinsam mit dem Land verantwortlich handeln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet um Behandlung von nachfolgendem Antrag in der kommenden Stadtratssitzung 29.09.2020

Antrag:

Die Covid-19-Pandemie stellt uns in vielen Bereichen vor erhebliche Herausforderungen. Gerade als Stadt leisten wir vor Ort einen zentralen Beitrag zur Bewältigung der Krise. Dies gilt beispielsweise für die Schaffung von Schutzausrüstung, die Verhinderung von weiteren Infektionsketten durch die Gesundheitsämter oder die Umsetzung von Hygieneplänen in den Schulen und Kindertagesstätten.

Gerade im Schülerverkehr stehen die Städte und Kreise vor erheblichen – ja wegen der mangelnden ausreichenden Finanzausstattung unerfüllbare Herausforderungen.

Aus diesem Grund möge der Stadtrat beschließen:

1. Der Stadtrat und der Oberbürgermeister fordern die Landesregierung auf, die Stehplatzquote im Schulgesetz so anzupassen, dass diese auf null sinkt und mittels einer entsprechenden Verordnung die dafür notwendige finanzielle Beteiligung zu erhöhen. Damit kommen das Land und die Kommunen ihrer Verantwortung für eine sichere Schülerbeförderung gemeinschaftlich nach.
2. Der Stadtrat und der Oberbürgermeister fordern die Landesregierung auf, ein Konzept für einen zukunftssicheren Schülerverkehr ohne Stehplätze für Schüler zu entwickeln.
3. Der Stadtrat und Oberbürgermeister fordern die Landesregierung auf, eine entsprechende Aufstockung des Kommunalen Finanzausgleichs vorzunehmen, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, den individuellen Gegebenheiten vor Ort gerecht zu werden. Hiermit kann schnellstmöglich den Gegebenheiten vor Ort Rechnung getragen werden und bereits jetzt eine Anpassung im Bereich der Schülerbeförderung vorgenommen werden.



Begründung:

Die COVID-19-Pandemie stellt die Kommunen gerade im Bereich der Schülerbeförderung vor erhebliche Herausforderungen. Dies betrifft zwar überwiegend den ländlichen Raum, führt jedoch auch in Städten dazu, dass Schülerinnen und Schüler gerade in Corona-Zeiten eng aneinander stehen müssen und Schutzmaßnahmen nicht ergreifen können. Die von der Landesregierung nach langem Zögern geplanten 250 Busse werden sicherlich nicht flächendeckend reichen, um die Aufgabe, zukünftig Stehplätze zu vermeiden, ordnungsgemäß bewältigen zu können.

Bereits vor Corona waren Schulbusse überfüllt. Aufgrund der steigenden Kosten und der schlechten Finanzausstattung der Stadt Neustadt bedeutet die zusätzliche Einrichtung von Buslinien und die Zurverfügungstellung weiterer Busse einen erheblichen Kraftakt für die Stadtverwaltung. Aus diesem Grund müssen nun Land und Kommunen in einem gemeinsamen Kraftakt die Situation nutzen, um einen zukunftssicheren und an den Schülerinnen und Schülern ausgerichtete Schülerbeförderung zu entwickeln. Ziel muss es sein, Stehplätze zukünftig zu vermeiden, hierfür muss das Land seine Verordnung ändern und die Zusatzkosten übernehmen. Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler muss im Mittelpunkt stehen, das Land ist dabei in der Pflicht.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Stahler

Dirk Herber